

Tabak-Arbeiter

Erscheint Sonnabends. Redaktionschluss
Montags. Bezugspreis monatlich 40 A
ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 35 A
für die sechsgespaltene Millimeterzelle.
Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen,
An der Weide 20. Tel. Domshöhe 2 07 80

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Ver-
antwortlich: für den redaktionellen Teil
Heinrich Boras, für die Anzeigen Oswald
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-
Verband, Ferdinand Hufung. Druck: J. H.
Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 2

Bremen, 9. Januar

Jahrgang 1932

In neuer Aufmachung

Seit Beginn des Jahrganges 1932 prä-
sentierte sich der „Tabak-Arbeiter“, das
Organ unseres Deutschen Tabakarbeiter-
Verbandes, seinen Leserinnen und Lesern
in neuer Aufmachung. Wenn auch, einer
Willenskundgebung des Münchener Ver-
bandstages — der einem Antrag Erg-
leben, den „Tabak-Arbeiter“ wieder in
einem größeren Format erscheinen zu
lassen, die nötige Unterstützung versagte —
Rechnung tragend, das Format das
gleiche geblieben ist, so genügt doch schon
ein flüchtiger Blick, um zu erkennen,
welche Änderungen die Aufmachung un-
seres Verbandsorgans erfahren hat.

Zunächst fällt auf, daß das Aussehen
des Zeitungskopfes durch größere Buch-
staben und

Umgruppierung des Textes

übersichtlicher und freundlicher geworden
ist. Daß bei dieser Gelegenheit die sich
über die ganze Zeitungsbreite ausdeh-
nenden beiden Kästen mit Adressen, Per-
sonalen usw. verschwunden mußten, wird
wohl niemand bedauern; denn verloren
gegangen ist dabei nichts. Die Angaben,
die mit der Redaktion, der Expedition
und dem Verlag des „Tabak-Arbeiter“
zusammenhängen, sind nunmehr in den
beiden kleineren Kästen am Kopfe der
Zeitung untergebracht worden, während
die sich auf den Verbandsvorstand und
den Verbandsauschuß beziehenden An-
gaben von Zeit zu Zeit unter der Rubrik
„Bekanntmachungen“ — ebenso wie in
dieser Nummer des „Tabak-Arbeiter“ —
zur Veröffentlichung kommen.

Der Kopf des „Tabak-Arbeiter“ ist es
jedoch nicht allein, dem ein besseres Aus-
sehen gegeben wurde, auch die Zahl der
Spalten hat sich geändert. An die Stelle
der zwei breiten Spalten auf jeder Seite
sind jetzt drei schmälere getreten. Diese
Umstellung hat einmal den Zweck, den
Leserinnen und Lesern des „Tabak-Ar-
beiter“ eine Erleichterung zu verschaffen,
weil sich erfahrungsgemäß schmale Zeilen
besser übersehen lassen als breite. Auf
der anderen Seite ermöglichen drei Spal-
ten aber auch eine gefälligere Placierung
und eine bessere Einteilung des Textes
als zwei Spalten, so daß mit der getrof-
fenen Anordnung sowohl der Leserschaft,
wie auch der Schriftleitung gedient ist.

Bei den Erörterungen über eine an-
dere Aufmachung des „Tabak-Arbeiter“

ist auch die Frage erwogen worden, ob es
sich empfehle, die deutsche

Druckschrift

durch lateinische zu ersetzen, um so das
Gesicht der Zeitung freundlicher zu ge-
stalten und der ausländischen Kollegen-
schaft — Deutschland beherbergt jetzt wie-
der den Sitz der Tabakarbeiter-Inter-
nationale — das Studium unseres Or-
gans weniger schwer zu machen. Wenn
diese Erwägungen zu dem Ergebnis ge-
führt haben, es zunächst bei der deutschen
Druckschrift zu lassen, dann aus dem
Grunde, weil Befürchtungen laut wur-
den, die lateinische Druckschrift könne die
Leseleidenschaft eines Teiles der deut-
schen Kollegenschaft, besonders in länd-
lichen Gebieten, beeinträchtigen. Inwie-
weit diese Befürchtungen begründet sind,
läßt sich nicht so ohne weiteres feststellen.
Jedenfalls mußten sie bei der Entscheidung
über die Art der Druckschrift berücksich-
tigt werden.

Nun sind wir uns vollständig klar dar-
über, daß bei einer Verbandszeitung die
äußere Aufmachung nicht das Ausschlag-
gebende sein kann. Weit mehr kommt es
auf ihren Inhalt an. Es soll deshalb unser
Bestreben sein, den „Tabak-Arbeiter“
auch in dieser Beziehung so lesenswert
wie möglich zu gestalten, wobei wir uns
keineswegs der Illusion hingeben, daß
es gelingen werde, allen Wünschen Rech-
nung zu tragen. Im Deutschen Tabak-
arbeiter-Verband sind jung und alt, Män-
ner und Frauen, Großstädter und Land-
bewohner vereinigt und verlangen bei
der Auswahl und Formulierung des Lese-
stoffes Berücksichtigung ihrer Eigenart.
Dazu kommt die unterschiedliche gewerk-
schaftliche und politische

Schulung der Verbandsangehörigen.

Ein Teil der Mitglieder liest neben
dem „Tabak-Arbeiter“ regelmäßig eine
politische Tageszeitung, die der Gewerk-
schaftsbewegung sympathisch gegenüber-
steht, während ein anderer Teil nur die
sogenannte parteilose, in Wirklichkeit
arbeiterfeindliche Presse oder überhaupt
keine Tageszeitung zu Gesicht bekommt.

Daß es nicht leicht ist, die Ansprüche,
die von jeder dieser Gruppen an das Ver-
bandsorgan gestellt werden, unter einen
Hut zu bringen, bedarf wohl keines be-
sonderen Beweises. So kommt es mit-

unter vor, daß der gleiche Artikel von der
einen Seite mit Freuden begrüßt, und
von der anderen zum mindesten als über-
flüssig betrachtet wird. Es recht zu machen
jedermann, ist eben eine Kunst, die nie-
mand kann. Trotzdem soll selbstverständ-
lich nichts unverfucht bleiben, den Inhalt
des „Tabak-Arbeiter“ anregend und bele-
hrend zu gestalten, damit er von allen
Kolleginnen und Kollegen mit Interesse
gelesen wird.

In diesem Zusammenhang noch einige
Bemerkungen über die

Mitarbeit der Kollegenschaft

an unserem Verbandsorgan, die, von
einigen lobenswerten Ausnahmen ab-
gesehen, leider noch recht viel zu wünschen
übrig läßt, auch soweit Angestellte in Be-
tracht kommen. Soll der „Tabak-Arbei-
ter“ in jeder Beziehung seinen Zweck er-
füllen, dann müssen die Kolleginnen und
Kollegen mehr als bisher in ihm das
Wort ergreifen, indem sie zu wichtigen
Verbands- und Tabakarbeiterfragen
Stellung nehmen und über außergewöhn-
liche Vorkommnisse in Beruf und Betrieb
berichten. Dabei schadet es gar nichts,
wenn ihnen beim Schreiben gelegentlich
einmal orthographische oder grammatische
Fehler unterlaufen. Die Hauptsache ist,
daß die Darlegungen sachlich einwandfrei
sind und ihre Veröffentlichung nicht gegen
das Verbandsinteresse verstößt.

Daselbe gilt sinngemäß für Berichte
aus Gauen und Zahlstellen, die selbstver-
ständlich nur der Veröffentlichung wert
sind, wenn sie Mitteilungen enthalten,
die für einen größeren Kreis von Mit-
gliedern Bedeutung haben. Berichte, aus
denen nur hervorgeht, daß die Mitglieder
dieser oder jener Zahlstelle wieder ein-
mal beieinander gewesen sind, der Vor-
sitzende die Versammlung eröffnet und
geschlossen, der Schriftführer das Proto-
koll verlesen hat, und örtliche Angelegen-
heiten erledigt worden sind, gehören nicht
dazu und nehmen nur den Raum für wich-
tigere Dinge weg. Berichte für den „Ta-
bak-Arbeiter“ sind eben keine Protokolle,
in denen selbstverständlich alles vermerkt
sein muß, was in der Versammlung er-
ledigt und beschlossen worden ist.

Aus diesem Grunde richten wir an alle
Schriftführer die dringende Bitte, in den
zur Veröffentlichung im Verbandsorgan
bestimmten Berichten nicht auf Dinge ein-

gehören, die über die eigene Zahlstelle hinaus keinerlei Bedeutung haben. Im übrigen sei noch darauf hingewiesen, daß es keinen guten Eindruck macht, wenn im „Tabak-Arbeiter“ Berichte erscheinen, die schon acht oder vierzehn Tage vordem wortgetreu in einer im Zahlstellenbereich herausgegebenen Tageszeitung veröffentlicht worden sind. Wo neben dem Verbandsorgan auch Tageszeitungen mit einem Bericht beliefert werden müssen, empfiehlt es sich, zwei verschiedene Formulierungen zu wählen, ohne daß dabei sachliche Widersprüche unterlaufen.

Abschließend sei dann noch dem Wunsch Ausdruck verliehen, die Kollegenschaft möge in irgend einer Form der Redaktion des „Tabak-Arbeiter“, Bremen, An der Weide 20 I, ihre

Meinung über Inhalt und Aufmachung des Verbandsorgans zukommen lassen. Insbesondere legen wir dabei auf die Beantwortung folgender Fragen Wert:

1. Welche Teile des Verbandsorgans (Tabakarbeiterbewegung, Tabakgewerbe, Sozialpolitik, Volkswirtschaft, Unterhaltung usw.) werden beim Lesen bevorzugt?

2. Welche Gebiete müssen im Verbandsorgan neu aufgenommen oder mehr als bisher berücksichtigt werden?

3. Welche Gebiete im Verbandsorgan können völlig beseitigt oder wesentlich eingeschränkt werden?

4. Spricht die neue Aufmachung des „Tabak-Arbeiter“, allgemein genommen, mehr an als die alte?

5. Lesen sich drei schmale Spalten besser als zwei breite oder umgekehrt?

6. Bestehen gegen die Einführung der lateinischen Druckschrift Bedenken?

Es sollte uns freuen, wenn auf diese Fragen recht viele Antworten eingehen würden und wir so Gelegenheit hätten, die Wünsche der Kollegenschaft kennen und nach Möglichkeit erfüllen zu können.

Zigarrenherstellung

Abbau der Werkmeistergehälter

In Ausführung des 6. Teiles Kapitel I der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wurde zwischen dem Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller und den Werkmeister-Verbänden am 19. Dezember 1931 in Hannover festgestellt, daß die Grundgehälter der Werkmeister in der Zigarrenherstellung vom 1. Januar 1932 an betragen:

Gruppe	I	II	III	IV
Ortsklasse A	175	201	228	280
„ B	168	193	218	269
„ C	157	181	204	251
„ D	149	170	192	235
„ E	147	167	188	232

Um den Betrieben die Möglichkeit zu geben, sonst notwendig werdende Entlassungen durch Einführung von Kurzarbeit möglichst zu vermeiden, schlossen die Tarifvertragsparteien außerdem folgendes Zusatzabkommen ab:

Kurzarbeit mit Gehaltskürzung

darf nach folgenden Bestimmungen durchgeführt werden:

1. Die Gehaltskürzung beträgt die Hälfte des Prozentsatzes, um den die Arbeitszeit gesenkt wird, höchstens jedoch 25 Prozent des Gehaltes. (Wird also die Arbeitszeit z. B. von 48 Stunden auf 36 Stunden gleich um 25 Prozent gesenkt, dann beträgt die Gehaltsermäßigung 12½ Prozent).

2. Wird einem Meister während der Dauer der Kurzarbeit gekündigt, so erhält er während der Dauer der Kündigungszeit sein volles Gehalt, jedoch nicht über die Dauer von 3 Monaten hinaus.

3. Zur Durchführung der Kürzung der Bezüge bei Kurzarbeit ist eine Kündigung des Einzelarbeitsverhältnisses nicht notwendig. Kurzarbeit mit entsprechender Gehaltskürzung muß mit einer Frist von 14 Tagen angetündigt werden.

Rautabakherstellung

Lohnsenkung in Hann.-Münden

Auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wurden ebenso wie in Nordhausen, Salza, Wanfried und Eschwege auch in Hann.-Münden die Löhne aller Arbeiterinnen und Arbeiter mit Wirkung vom 1. Januar 1932 um 12 v. H. gesenkt.

Berichte aus

Gauen und Zahlstellen

Bremen. Die am 30. Dezember versammelte Belegschaft der R a u c h t a b a k f a b r i k Martin Brinkmann nimmt mit Enttäuschung davon Kenntnis, daß die Firma noch über den durch die Notverordnung diktierten 15prozentigen Lohnabbau hinaus die bisher gezahlten Akkordlöhne, Leistungszulagen usw. gänzlich abbauen will. Die Verwirklichung dieser Absicht würde einem Lohnabbau bis zu 30 Prozent gleichkommen. Weiteren als durch die Notverordnung bedingten Verschlechterungen wird die Belegschaft mit allen Mitteln geschlossen entgegenzutreten. Dem Grundsatz der Firma, nur geleistete Arbeit zu bezahlen, setzt sie ihren Grundsatz entgegen, nur bezahlte Arbeit zu leisten. Sie weist deshalb auch das Ansuchen der Firma, an Maschinen im Zeitlohn die gleichen Arbeitsleistungen zu vollbringen wie vordem im Akkord, mit aller Entschiedenheit zurück.

Was raucht der Nazi?

Der „Bremer Volkszeitung“ entnehmen wir die nachstehenden Ausführungen:

Daß sich bei den Nationalsozialisten nach ihrem Wahlsieg vom 14. September allerlei Konjunkturpolitiker eingefunden haben, steht fest. Goebbels selbst war es ja, der das Wort „Septemberlinge“ prägte. Er bezeichnet damit jene Leute, die die groß gewordene nationalsozialistische Bewegung zu Geschäftszwecken gebrauchen. Nun sollte man meinen, es dürfte in einer so „revolutionären“ Partei wie der nationalsozialistischen solche Mitglieder gar nicht geben. Daß dem nicht so ist, beweist u. a. das Programmheft zum Gaultreffen der sächsischen Landwirte in Meißen. Da sehen wir auf der zweiten Umschlagseite ein Inserat „Der Nationalsozialist raucht nur noch...“ Unterschrift: „Nationaler Zigarettenvertrieb“. Auf der dritten Umschlagseite ein anderes Inserat: „Trommler, unsere neue... Zigarette“. Unterschrift: „Sturm-Zigaretten-GmbH.“ Also, es haben sich schon zwei Firmen auf das nationale Geschäft gestürzt, um die einzig echten Nazi-Zigaretten — ob sie auch aus deutschem Tabak sind, konnten wir bisher noch nicht feststellen — anzufertigen.

Die Sturm-Fabrik verzichtet auch keineswegs auf das angeblich „jüdische Geschäftsgebaren“ des Zugabewesens. Angefangen von der Armbinde über den „S.A.-Leibriemen“ und das „Kunstbild Adolf Hitlers“, die „Stammfischfahne“, Militärverbandpäckchen, den „Oraf von Pffer-Marsch“ bis zum Motorrad ist für den fleißigen Sturmraucher alles zu haben. Das Motorrad kostet allerdings den Rauch von 475 000 Zigaretten, die geraucht sein müssen! So ein Rebbich...

Uns liegt aber noch eine zweite Drucksache vor, und die beweist, wie die Geschäftsmacher in der NSDAP mühselig aufeinander losschlagen, wenn es um den dreimal heiligen Profit geht. Die Sturm-Fabrik stellt fest, daß der „Nationale Zigarettenvertrieb“ einen Verleumdungsfeldzug gegen die Sturm-Fabrik in Szene

gesetzt hat. Gleichzeitig teilt sie mit, daß das Vertragsverhältnis zwischen der Partei und ihr gelöst worden sei. Die Parteileitung hat aber auch dazu noch erklärt, daß sie mit der Firma „Nationaler Zigarettenvertrieb“ nichts zu tun haben will. Sie fügt den schönen Satz bei: „Die Bewegung Hitlers wird es stets ablehnen, Symbole des Kampfes um Deutschland zu Geschäftszwecken herabwürdigen zu lassen.“ Wie tief muß der Dreck in dieser Partei liegen, daß man schon solche Parteibefehle herausgeben muß.

Selbstverständlich hat auch die Sturm-Fabrik das Landgericht Dresden zwecks einer einstweiligen Verfügung bemüht, da der „Nationale Zigarettenvertrieb“ mit einem Flugblatt an die S.A. gute Geschäfte machen wollte. Resigniert erklärt die Sturm-Fabrik zum Schluß:

Wahr ist, daß in unserem Betrieb Betriebsespionage betrieben wurde und die Adressen unserer Kunden der Konkurrenz zugespielt wurden.

Wahr ist, daß die Leitung und der größte Teil der Arbeiter und Angestellten der Firma (soweit es überhaupt möglich war, geeignete Fachleute aus den Kreisen der Partei zu bekommen) Parteigenossen sind.

Wir möchten dazu nur die Frage aufwerfen, wer denn dann in dem Betrieb Betriebsespionage betrieben hat, wenn die Leitung und der größte Teil der Arbeiter und Angestellten Parteigenossen sind: Es bleibt keine andere Konsequenz als die, daß die eigenen Parteimitglieder ihr eigenes Unternehmen bespitzelt haben.

Wir möchten zu diesem lieblichen Streit kein Wort des Kommentars weiter verlieren. Er zeigt aber wieder, daß der ganze Phrasenschwall der Nazis von der „Bekämpfung des Kapitalismus“ eitel Schwindel ist. Diese Partei ist heute ebenso korrumpiert, daß der Dreck so hoch liegt, daß sie alle Hände voll zu tun hätten, wenn sie dort Ordnung schaffen wollten. Aber sie wollen es gar nicht, diese gutbezahlten Söldner der Schwerindustrie.

Gally Harry Levita

Der Inhaber dieses Namens ist ein Kaufmann, der wegen mehrfacher vollendeter Erpressung vom Karlsruher Schöffengericht am 19. Dezember 1931 zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Da die Vorgeschichte dieser Verurteilung aufs engste mit dem wechselvollen Schicksal der

Zigarettenfabrik Batschari

in Baden-Baden zusammenhängt, glauben wir richtig zu handeln, wenn wir der Kollegenschaft einige Presseäußerungen über die in dem Prozeß erörterten Dinge unterbreiten. Nach der „Frankfurter Zeitung“ haben sich die Dinge wie folgt entwickelt:

Das Unternehmen war nach der Inflation in Steuerschulden an das Reich geraten, die nach und nach auf zehn Millionen Mark und mehr anstiegen. Schließlich verkauften die Brüder Batschari die Mehrheit der Aktien an den Großindustriellen Minouze; von ihm kamen die Aktien an die Brüder Borg aus Danzig und schließlich, durch Vermittlung eines Berliner Treuhänders, Dr. Schulte, an die große Zigarettenfabrik Reemtsma. Um nicht die Steuerschuld mitübernehmen zu müssen, wollte Reemtsma den Betrieb in Baden-Baden einstellen. Dieser Absicht traten die Stadt Baden-Baden und die badische Regierung entgegen, sie bewogen Reemtsma dazu, den Betrieb unter der Bedingung fortzuführen, daß das Reichsfinanzministerium auf die Mithaftung von Reemtsma für die Steuerschuld verzichte. Praktisch war das gleichbedeutend mit dem Verzicht des Reichs auf die Bezahlung der Steuerschuld. Auf die Vorgänge, die sich damals abspielten, bezog sich das Vorgehen Levitas gegen Reemtsma. Er schrieb eine Broschüre über „Steuerkandale“ der Firma, unterließ aber dann deren Veröffentlichung, nachdem ihm Reemtsma (im August 1929) 50 000 Mark bezahlte. Im folgenden Jahre sollen er und Schwed (gegen den die Verhandlung abgetrennt wurde, weil er nach Frankreich geflüchtet ist und die französische Behörde seine Auslieferung abgelehnt hat) mit einer zweiten und dritten Broschüre gedroht haben. Im März 1931 kauften die beiden dann die Mehrheit der Anteile der finanziell bedrängten „Badischen Volkszeitung“, die bis dahin im Alleinbesitz des Druckereibesizers Pfeiffer und ein Zentrumsblatt gewesen war. Sie sollen den Besitz dieser Zeitung ebenfalls dazu benutzt haben, um Gelder von Reemtsma zu verlangen. Die Anklage faßt alle diese Handlungen als

Erpressungen

auf, während Levita lediglich „Schweigegelder“ angenommen haben will.

Levita hielt in seiner Aussage mit großer Konsequenz an der These fest, daß er nie von Reemtsma Gelder verlangt habe, sondern daß sie ihm geradezu aufgedrängt worden seien. Als er seine erste Broschüre gegen Reemtsma geschrieben hatte, sei ihm die Uebernahme der Broschüre durch eine Gruppe angeboten worden, die sich angeblich für den Kampf gegen Reemtsma interessierte; erst im letzten Augenblick habe er erfahren, daß in Wirklichkeit Reemtsma selbst ihn abfinden wollte. Die zweite Broschüre, die Schwed dann schrieb, sei durchaus gegen seinen Willen verfaßt worden. Er habe alles getan, um Schwed zur Zurück-

ziehung der Broschüre zu veranlassen, weil er für seinen Abfindungsvertrag mit Reemtsma fürchtete, der ihm auf längere Zeit Zahlungen von monatlich 1000 Mark sicherte. Das sei ihm auch mit großer Mühe gelungen. Die dritte Broschüre habe dann wieder von ihm selbst hergerührt; der Grund für ihre Abfassung sei gewesen, daß Reemtsma in anderen Verhandlungen ihn der Erpressung beschuldigte und daß er sich infolgedessen an den Vertrag nicht mehr gebunden gefühlt habe. Er habe wegen dieser Broschüre mit dem Inhaber der Firma „Haus Bergmann“ verhandelt, der ihm gegenüber als Gegner von Reemtsma aufgetreten sei und in ihm den Glauben erweckt habe, als wolle er das Urheberrecht an der Broschüre erwerben, um sie gegen Reemtsma zu verwenden. Auch hier wieder habe er erst im letzten Augenblick erfahren, daß Bergmann in Wahrheit die Interessen von Reemtsma wahrnahm, wobei er aber immer davon gesprochen habe, daß er eines Tages doch wieder gegen Reemtsma kämpfen werde.

Direktor Helfern

gab zunächst einen genauen Ueberblick über den gesamten Tatbestand, soweit er an den Vorgängen beteiligt war. Nachdem Levita sein erstes Exposé gegen Reemtsma niedergeschrieben hatte, hatte er auf Veranlassung seines Freundes Schwed (der das Exposé der Firma Reemtsma zugesandt hatte) zwei lange Unterredungen mit Helfern, an denen im zweiten Teil auch Philipp Reemtsma teilnahm. In diesen Unterredungen äußerte sich Levita des längeren über seine „Eignung für einen leitenden Posten“ bei Reemtsma. Er ließ schließlich, unter Anspielung auf Forderungen, die Schwed an Reemtsma gestellt hatte, die Bemerkung fallen: „Kaufen Sie doch dem Schwed die Grundstücke ab und wir gehen beide nach Holland. Dann sind Sie uns und allen Aerger los!“ Nach dieser Bemerkung sei die Unterredung sehr schnell beendet worden. Der Zeuge erklärt weiter, er sei ursprünglich dagegen gewesen, dem Levita Geld zu geben. Eines Tages habe ihm aber der Liquidator von Batschari, Dr. Schulte, gesagt, es bestehe die Möglichkeit, die Veröffentlichung der Schrift zu verhindern, wenn Levita 50 000 Mark erhalte. Daraufhin hat der Zeuge sich dann schließlich im Einvernehmen mit Philipp Reemtsma entschlossen, sich auf Geldzahlung einzulassen.

Raum war der Vertrag mit Levita abgeschlossen, da kam Schwed. Daß trotzdem noch zweimal Vereinbarungen getroffen wurden, führt der Zeuge darauf zurück, daß beide Male neue Steuererhöhungen bevorstanden. Die Firma sei darauf angewiesen, in solchen Zeitpunkten die Abgeordneten über die Tragbarkeit der Steuererhöhung zu informieren und mit ihnen zu verhandeln; diese Verhandlungen wären aber sehr erschwert worden, wenn gleichzeitig solche Angriffe gegen die Firma erhoben worden wären. Als dann nach Ankauf der Zeitung durch Schwed Levita große Inseratenaufträge für ein ganzes Jahr von der Firma Reemtsma verlangt habe und wir erfuhren, daß er auch sonst gegen uns arbeitete, entschlossen wir uns, Anzeige gegen ihn zu erklagen. Auf die Frage der Verteidigung erklärt der Zeuge, daß im ganzen zweieinhalbmal Schweigegelder gezahlt worden seien.

Auf die Frage, weshalb er die Zahlung von 50 000 M an Levita gebilligt habe, antwortet

Philipp Reemtsma:

Der Absatz von Markenartikeln ist von dem Ansehen der fabrizierenden Firma abhängig, weil der Käufer nur dann das Vertrauen in die Gleichmäßigkeit und Unveränderlichkeit der Ware hat. Aus diesem Grunde schaden uns solche Angriffe, auch wenn sie ganz unbegründet sind, ungeheuer, und dieser Schaden ist irreparabel, weil wir auf dem Wege der Beleidigungsklage die Angreifer niemals so fassen können, daß ihnen die Freude an solchen Angriffen vergeht. Der Fall Hilferding bestätigt das, was ich gesagt habe. Wir haben festgestellt, daß niemand von uns Hilferding je gesehen oder gesprochen hat. Dieser Mann wird ganz sinnlos beschuldigt, Gelder von uns bekommen zu haben. Er strengte darauf 20 bis 30 Beleidigungsklagen an. Das Ergebnis ist: In einer Reihe von Fällen wird den Beleidigten der gute Glaube zugesprochen, und es erfolgen Freisprüche, in anderen Fällen werden Geldstrafen von 50 oder 100 M verhängt, in einem Falle von 500 M, in einem einzigen Falle eine Gefängnisstrafe! Wenn es so einem früheren aktiven Reichsminister geht, welche Ausichten würden dann wir haben? Der Zeuge erklärt, daß niemals ein Beamter des Reichsfinanzministeriums bestochen worden sei oder daß versucht worden sei, ihn zu bestechen, und daß auch die gegen den Ministerialrat Schroeder in dieser Hinsicht erhobenen Vorwürfe frei erfunden seien.

Ministerialrat Schroeder

aus dem Reichsfinanzministerium (gegen den von Levita und anderen eine Reihe von Vorwürfen erhoben worden sind) erklärte insbesondere, wie es dazu kam, daß die Steuerschuld der Firma Batschari immer höher anstieg, ohne daß das Ministerium längere Zeit hindurch radikal eingriff. Es lag das nach seiner Befundung vor allem an den Vorstellungen, die immer wieder von der badischen Regierung unter Hinweis auf die schweren wirtschaftlichen Folgen einer Stilllegung der Firma erhoben wurden. Den Treuhänder Dr. Schulte habe das Ministerium deshalb allgemein zugezogen und empfohlen, weil es, um die nötigen Grundlagen für die Gewährung der geschilderten vor-gesehenen Zahlungsfrist zu erhalten, einen qualifizierten Buchsachverständigen brauchte, der diese Grundlagen nach einheitlichen Gesichtspunkten für das ganze Reich beschafft. Das Ministerium habe auf Grund der Gutachten des Treuhänders keinerlei Ausfälle erlitten. Die Gutachten hätten vielmehr zur Verhinderung von Ausfällen beigetragen. Von den Provisionen, die Dr. Schulte von den Brüdern Borg, den früheren Besitzern von Batschari, und von Reemtsma bezogen haben soll, habe das Ministerium nichts gewußt. Dr. Schulte ist inzwischen, nachdem eine Untersuchung wegen steuerlicher Unkorrektheiten gegen ihn eingeleitet worden ist, ins Ausland gegangen. Die gegen ihn selbst erhobenen Vorwürfe unkorrekten oder korrupten Verhaltens bezeichnet der Zeuge mit größter Bestimmtheit reiflos als „erstunken und erlogen“; insbesondere erklärt er, keinerlei Provisionen bezogen zu haben.

Ueber die Rolle, die der

Treuhänder Dr. Schulte

In der ganzen Angelegenheit gespielt hat, verbreitet sich die „Süddeutsche Tabakzeitung“ in ihrem Bericht über den Prozeß folgendermaßen:

Dieser Mann, dem vom Reiche gewissermaßen ein Monopol für Treuhändertätigkeit bei Zigarettenfabriken mit Steuerzuschüssen verliehen worden war und der heute, mit größeren Summen flüchtig, im Auslande lebt, hat gestattet, daß aus diesen Betrieben lukrative Abfindungen an ausscheidende Direktoren und 2000 M monatlich an ihn selbst bezahlt worden sind, während oft kein Geld für Löhne und Gehälter dagewesen ist. Unter seiner Regide sind auch Ueberweisungen von über 100 000 M an eine bisher noch nicht ganz aufgeklärte Berliner Adresse erfolgt, und die Höhe der an diesen Reichstreuhandler für den Uebergang der Borg-Batschari an die Reemtsma, den er sehr eifrig betrieben hat, bezahlten Provision schwankt zwischen 100 000 und 150 000 M. Die Rolle dieses „Reichstreuhandlers“ ist zweifellos mit eine der übelsten Erscheinungen dieses trüben Kapitels deutscher Wirtschaftsgeschichte.

Zum Schluß einige Bemerkungen von Herrn Paul Zimmermann, die er unter der Ueberschrift

Angeklagter und Tat

in seinem „Tabak-Lage-Buch“ veröffentlicht. Zimmermann schreibt u. a.:

Herr Sally Harry Levita ist also Ende 1928 von Dortmund nach Baden-Baden gekommen und hier bis zu dem überraschenden Kauf der Batschari A.-G. durch die Familie Reemtsma

für die erstere tätig gewesen. Die Art dieser Tätigkeit ist aus den Berichten über die Gerichtsverhandlung nicht ersichtlich. Sie gab Levita jedoch Veranlassung, im Jahre 1929 eine Broschüre „Der Steuerstand im Reemtsma-Konzern“ zu verfassen. Nach Drucklegung der Broschüre trat (und zwar auf Veranlassung des flüchtigen Reichstreuhanders und Spezialvertrauensmannes des Tabakreferates im RZM, Dr. Schulte) der frühere Propagandachef der Batschari A.-G. — die damals schon Reemtsmabesitz war! — Professor Staerk an Levita — nicht dieser an jenen — heran, um durch geldliche Angebote „die schädliche oder unwahre Veröffentlichung“ zu verhindern. Levita zeigte kalte Schulter. Dann trat Herr Helbern, der Sohn des Herrn Hirschfelder von der Upas Antiaris, in Erscheinung und veranlaßte eine Unterredung Levita mit Philipp Reemtsma, in welcher ersterer dann angeblich eine Schwäche gegen Geld doch hat durchblicken lassen mit den Worten: „Es ist Ihnen doch sicher lieber, daß Ruhe ist, als daß alles auf den Kopf gestellt wird.“ Das Ende vom Liede: Levita nahm aus Summen, die von der Familie Reemtsma — nach der eidlichen Aussage des Herrn Helbern — zu dem Zweck bereitgestellt sind, „schädliche oder unwahre Veröffentlichungen zu verhindern“, die Zusicherungen des Vertrages entgegen, daß ihm neben einer einmaligen Abfindung von 5000 Mark drei Jahre lang monatlich 2000 M, also insgesamt 77 000 M, zugewilligt seien. Die Aushändigung der Broschüre an die Käufer erfolgte am und durch Vertrag vom 17. Aug. 1929 in Berlin, bei welcher Gelegenheit Levita angeblich erst erfuhr, daß doch die Familienunternehmung Reemtsma der Käufer sei.

Bekanntmachungen

Am 9. Jan. ist der 2. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

24. Dez. Rudolstadt 40.—, Heidelberg 100.—, Untergruppenbach 48.25, Bischofswerda 160.—, Blotho 150.—
28. Uzey 30.95, Rayna 56.55, Dingelstädt 210.45, Sommerfeld 15.—
29. Ermischwerdt 18.20, Schwedt 60.—, Celle 26.15, Heidelberg 200.—, Kirrlach 72.05, Northheim 300.—, Neudamm 70.—, Kirchhofmühl 12.60, Bieberach 60.—, Mustau 26.90.
30. Berlin 300.—, Mainz 100.—, Keffershausen 18.80, Penig 25.—, Hess.-Lichtenau 127.15, Rheyt 3.75, Kaiserslautern 200.—, Treffurt 1000.—
31. Dargitz 250.—, König 70.—, Karlsruhe 50.—, Ubernach 20.—, Würzburg 200.—, Briesg 218.—, Brotterode 60.80, Treffurt 29.80.
Bremen, den 5. Januar 1932.

J. Krohn.

Adressenänderung

Oppeln. Das Zahlstellenbüro befindet sich nunmehr Malaganerstraße 89.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Bremen, An der Weide 20.

Telefon: Amt Domsheide 20 780.

Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung.
Geld- und Einschreibsendungen nur an Johannes Krohn, Postfachkonto: 5349, Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der GGG. Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Filiale Bremen.
Ausführungsvorsitzender: Louis Schoene, Hamburg, Befendinderhof 57, Zimmer 70.

Wegeunfälle ohne Schadenersatz?

In einem Rundschreiben vom 2. Januar 1932 macht die Tabak-Berufsgenossenschaft ihre Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 den Schadenersatz ganz oder teilweise versagen kann, wenn bei der Entstehung eines Unfalles auf dem Wege nach oder von der Arbeitsstätte ein

Verschulden des Versicherten

mitgewirkt hat. Sie bittet deshalb, bei der Aufnahme eines Wegeunfalles nach einem etwaigen Verschulden des Verletzten zu forschen und bei der Darstellung des Unfallherganges in der Unfallanzeige ein solches Verschulden mitzuteilen.

Diese Bitte der Tabak-Berufsgenossenschaft läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und zeigt das Bestreben, die Entschädigungspflicht für Wegeunfälle, wenn sie sich schon nicht beseitigen läßt, so doch nach Möglichkeit einzudämmen.

Nun ist uns sehr wohl bekannt, daß niemand leichtfertig oder gar mutwillig — um der Entschädigung willen — einen Unfall herbeiführt; denn in erster Linie ist es seine Gesundheit, sind es seine heilen Glieder, die er dabei zu Markte trägt. Trotzdem richten wir an alle Kolleginnen und Kollegen die dringende Aufforderung, der Unfallverhütung nach wie vor die größte Aufmerksamkeit zu widmen und sowohl im Betriebe wie auch auf der Straße Augen und Ohren offen zu halten. Wer von der fahrenden

Straßenbahn abspringt oder beim Gehen auf der Straße Zeitung liest, und einen Unfall erleidet, hat von der Tabak-Berufsgenossenschaft keine Entschädigung mehr zu erwarten.

Auf der anderen Seite gibt uns die Bitte der Tabak-Berufsgenossenschaft Veranlassung, unsere Kollegenschaft erneut aufzufordern, bei jedem, auch dem geringsten Unfall, Ort, Zeit, Ursache und etwaige Zeugen deselben sofort und lückenlos festzustellen. Wird diese Aufforderung nicht beachtet, dann laufen die Verletzten Gefahr, mit ihren Entschädigungsansprüchen abgewiesen zu werden, auch wenn sie bei der Entstehung eines Unfalles auf dem Wege nach oder von der Arbeitsstätte nicht schuldhaft mitgewirkt haben.

Preisfentungsaktion

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hatte zum 18. Dezember die Vertreter der Gewerkschaften zu einer Besprechung eingeladen. Er entwickelte in der Besprechung das Programm seiner Arbeit, und das Ziel, das ihm vorschwebt, gab auch Aufschluß über bisher getroffene und weiter in Aussicht genommene Maßnahmen. Er bat die Gewerkschaften, ihn bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen auf die geradezu entscheidende Bedeutung der Preisfentung hin und erklärten sich zu jeder gewünschten Mitarbeit bereit.

Gestorben sind:

Am 15. November die Zigarrenarbeiterin Karoline Bode (Eilshausen) 23 Jahre alt (Zahlstelle Lübbecke).

Am 11. Dezember die Zurihterlin Auguste Ahe, 58 Jahre alt (Zahlstelle Hildesheim).

Am 13. Dezember der Zigarrenarbeiter Karl Spreen (Gehlenbeck), 64 Jahre alt (Zahlstelle Lübbecke).

Am 18. Dezember der Zigarrenarbeiter Fritz Dabert (Gehlenbeck), 81 Jahre alt (Zahlstelle Lübbecke).

Am 16. Dezember die Zigarrenarbeiterin Rosalie Czieslit, 76 Jahre alt (Zahlstelle Peisterwitz).

Ehre ihrem Andenken!

Gummiwaren

Hygien. Artikel. Preisl. T 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alie Jacobstraße 8

billige böhmische Bettfedern.



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilograue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiße 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlossene Rufffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei Umtausch und Rücknahme gestattet

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245
bei Pilsen (Böhmen)

Die Internationale Arbeitsorganisation 1931

Eine der schwersten sozialen Folgen der Weltkrise ist die Arbeitslosigkeit, die im Jahre 1931 im Vordergrund des Interesses der Internationalen Arbeitsorganisation gestanden hat. Der Sachverständigenausschuß für Arbeitslosigkeit, der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts und die Internationale Arbeitskonferenz haben sich eingehend mit der Frage befaßt und eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die sich in vier wesentlichen Punkten zusammenfassen lassen: 1. die Notwendigkeit einer besseren Organisation des internationalen Arbeiteraustausches; 2. die nationale und internationale Förderung großer öffentlicher Arbeiten; 3. die internationale Verbreitung der Arbeitslosenversicherung und 4. die Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen über die Arbeitszeitverkürzung.

Auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten haben 13 Regierungen ihre Pläne vorgelegt, deren Durchführung unmittelbar etwa 550 Millionen Arbeitstage schaffen würde. Um die internationale Verbreitung der Arbeitslosenversicherung zu fördern, hat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts diese Frage für die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1933 in Aussicht genommen. In bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit als Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat der Sachverständigenausschuß eine Entschliebung angenommen, die erkennen läßt, daß unter den gegenwärtigen Umständen die 40-Stundenwoche die optimale Arbeitszeitgrenze darstellen dürfte.

Auch die 15. Internationale Arbeitskonferenz, die im Mai-Juni 1931 statt-

fand, hat sich mit einer wichtigen Arbeitszeitfrage beschäftigt. Sie hat ein internationales Übereinkommen über die Arbeitszeit im Bergbau verabschiedet, die auf 7½ Stunden täglich festgesetzt wurde. Dieses Übereinkommen, das bekanntlich auf der Völkerbundversammlung als eine der notwendigen Maßnahmen zur Überwindung der Weltkohlenkrise bezeichnet wurde, ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Frage der Arbeitszeitverkürzung industrieweise geregelt werden kann, in den Fällen, in denen eine generelle Verkürzung nicht möglich ist.

Auch der anderen von der 15. Internationalen Arbeitskonferenz in erster Beratung behandelten Frage des Mindestalters für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nichtgewerblichen Berufen kommt eine arbeitsmarktpolitische Bedeutung zu.

Die Ratifikation der Übereinkommen in den einzelnen Ländern gibt einen gewissen, wenn auch nicht ausschließlichen Maßstab für die praktische Durchführung des Werkes der Internationalen Arbeitsorganisation. Hier kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß trotz aller aus der Weltkrise herrührenden Schwierigkeiten die Zahl der am 31. Dezember amtlich eingetragenen Ratifikationen sich auf 447 erhöht hat gegenüber 415 am 1. Januar. Zum erstenmal sind in diesem Jahre Übereinkommen der Internationalen Arbeitskonferenz von Litauen und Liberia ratifiziert worden. Auch in den südamerikanischen Staaten gewinnt das Werk der Internationalen Arbeitsorganisation in wachsendem Maße an Einfluß. Neben den Ratifikationen kam der Weltcharak-

ter der Internationalen Arbeitsorganisation im Jahre 1931 besonders zum Ausdruck durch die Entsendung von Kommissionen des Internationalen Arbeitsamts nach China und Ägypten. Die Entsendung hat auf Wunsch der Regierungen von Nanking und Kairo stattgefunden. Auch der im Jahre 1931 vollzogene Eintritt der Vereinigten Staaten von Mexiko in die Internationale Arbeitsorganisation, der gleichzeitig mit dem Eintritt in den Völkerbund erfolgte, darf als ein erfreulicher Fortschritt gewertet werden.

Außer dieser Tätigkeit zur Förderung der internationalen Arbeitsgesetzgebung und ihrer praktischen Durchführung in den einzelnen Ländern kommt der wissenschaftlichen Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts auch im Jahre 1931 wieder eine besondere Bedeutung zu. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit im Vordergrund des Weltinteresses gestanden hat, seien hier insbesondere die vom Internationalen Arbeitsamt im Jahre 1931 veröffentlichten Untersuchungen über die „Probleme der Arbeitslosigkeit im Jahre 1931“, das Werk des stellvertretenden Direktors S. B. Butler über die „Probleme der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten“, sowie die Werke über „Die sozialen Gesichtspunkte der Rationalisierung“ und „Die Arbeitslosigkeit und öffentliche Arbeiten“ hervorgehoben.

Auch auf einer Reihe anderer sozialpolitischer Gebiete hat das Internationale Arbeitsamt im Jahre 1931 zum Teil sehr umfangreiche Studien veröffentlicht, von denen hier insbesondere diejenigen über „Die Regelung der Be-

Nur ein Dienstmädchen

Von E. Frapie

Je näher sie dem Hause kamen, um so mehr schwoll ihr Stolz an:

„Halten Sie sich gerade, Marie; lernen Sie ein vorteilhaftes Benehmen wahr. Tragen Sie Ihren Korb nicht so gleichgültig.“

Am diesem Tage lernte Sulette, wie man Gemüse behandelt, um den verwelkten Zustand nicht merken zu lassen. Sie aß nicht ihrem Hunger entsprechend. Die Gebieter begannen zu schelten.

Aha, dachte sie plötzlich, sie grollen mir, weil ich ihren Teil verringere; aber warum haben sie mich genommen?

Am Abend, zur Zeit nachlassender Energie, wo es scheint, als brauche man die Stütze der Umgebung, um sich dem Schlummer zu überlassen, zur Zeit familiärer Zärtlichkeit, wo man unwillkürlich das Fazit schützender Liebe zieht, sah sich Sulette einsam, verloren unter einem fremden Dache. Infolge des Mangels an

bekanntem lieben Gesichtern wollte sie sich zu materiellen Annehmlichkeiten flüchten und begegnete nichts Vertrautem, als der zerbeulten Kanne, dem kleinen schmierigen Tische. Beim Auskleiden konnte sie die Enge und Häßlichkeit ihres Schlupfwinkels würdigen; um ihn noch schmaler zu machen, verbannte man ein schandbares Durcheinander dahin; Holzplanken mit scharf gewordenen Rezipienten und widerlichem Trödel bepackt, waren bis zur Decke hinauf stufenweise aufgebaut.

Sie sah sich als ein vom Schicksal verworfenes, selbst von dem Trost der Dinge geschiedenes Geschöpf; eine entsetzliche Leere umgab, durchdrang sie. Willig verwandelt, nicht einmal im Besitz ihres Namens, kauerte sie sich, die arme Marie, in das kleine, fremde, dürftige, harte Bett. Und ihre Tränen flossen, wie wenn ihre Kindheit, die lebhafteste Zuversicht des jungen Dorfkindes, ihre bisherige Persönlichkeit, sich auflösen, unaufhaltsam dahinschwänden, gleichsam als wenn sogar die Erinnerungen das Mädchen im Stich lassen müßten.

Donnerstag entfernte sich Frau Coton für den ganzen Tag, um Stunden zu ge-

ben. Die Kinder und das Mädchen hüteten das Haus.

Vorm Weggehen inspizierte Frau Coton, mit Jackett, Hut und Schleier ausgestattet, in der Küche die Kaffeekanne, die Delfflasche und den Mahlkasten; dann opferte sie seufzend die Butter, die neben anderen kostbaren Lebensmitteln gewöhnlich einen Schrank für sich hatte.

Sowie ihre Mutter fort war, rief Fräulein Germaine bei geschlossenen Türen nach Sulette. Diese kam aus der Küche und sah eine kleine, anmaßende, affektierte Person mit kühlem und dreistem Blick, die am Tisch des Speisezimmers saß und ihr mit erstaunlicher Sicherheit sagte: „O Marie, man hat Ihnen doch befohlen, niemals im Speisesaal in der blauen Schürze zu erscheinen... Gehen Sie Schürze wechseln.“

Als Sulette sich nicht beeilte, wiederzukommen, schrie Germaine gebieterisch: „Beeilen Sie sich doch! Sie schlafen! Ich habe Sie gerufen, mir meinen Fingerhut vom Boden aufzuheben... Man sagt: „Hier, Fräulein“... ich habe „Fräulein“ nicht gehört.“

ziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern", „Die Wohnungspolitik in Europa“, „Die Löhne und die Regelung der Arbeitsbedingungen in Sowjetrußland“ und „Methoden zur Festsetzung von Mindestlöhnen im Kohlenbergbau“ genannt seien. Ferner erscheint in Kürze die statistische Untersuchung über die Lebenshaltungskosten in ihren Beziehungen zu den Löhnen in einer Reihe europäischer Großstädte im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten und Löhnen in Detroit. Es sei ferner auf die vorbereitenden Untersuchungen über die Arbeitszeit in der Textilindustrie und in der Metallindustrie, das Vierschichtensystem in den mechanischen Glashütten, die Arbeitszeit im Kohlenbergbau, den jährlichen bezahlten Urlaub, die Studien über die englische Woche und die 5-Tagewoche, die Arbeitsbedingungen der Frauen und Kinder usw. hingewiesen. Auf dem Gebiete des gewerblichen Gesundheitsschutzes geht die große Enzyklopädie nunmehr ihrem Abschluß entgegen. Auch auf dem Gebiete der Unfallverhütung sind eine Reihe neuer Studien erschienen.

Zur Vorbereitung der im Jahre 1932 stattfindenden 16. Internationalen Arbeitskonferenz hat das Internationale Arbeitsamt soeben einen Bericht über die Alters- und Invalidenversicherung in den verschiedenen Ländern veröffent-

licht. Andere Untersuchungen, die zurzeit durchgeführt werden, betreffen die Beseitigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung in der Landwirtschaft, in der Schifffahrt, im Handwerk sowie die Arbeitsbedingungen der geistigen Arbeiter, der freien Berufe, die Eingeborenenarbeit, das Gesundheitswesen usw. Schließlich hat das Internationale Arbeitsamt im Jahre 1931 zum erstenmal ein Jahrbuch der Internationalen Sozialpolitik veröffentlicht, das in dieser Form jährlich neu erscheinen wird.

Weiter darf als eines der bedeutendsten Werke des Internationalen Arbeitsamts das Werk über „Zehn Jahre Internationale Arbeitsorganisation“ genannt werden, das zum erstenmal einen umfassenden Ueberblick über alle Tätigkeits- und Wirkungsgebiete der Internationalen Arbeitsorganisation gibt und das allgemein als das Standardwerk der internationalen Sozialpolitik bezeichnet wird.

Dieser kurze Ausschnitt aus der Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation im Jahre 1931 zeigt, in welchem hohem Maße die Organisation bestrebt war, nicht nur ihre Aufgaben des gesetzlichen Arbeiterschutzes in internationalem Ausmaße zu erfüllen, sondern darüber hinaus ihre Maßnahmen zu einem Instrument der Krisenbekämpfung zu gestalten.

Die Frau und ihr Beruf

Infolge Zunahme der Frauenarbeit ist die wirtschaftliche Stellung der Frau eine andere geworden. In der Vorkriegszeit war die Frauenarbeit meistens ein vorübergehender Zustand. Selbst das Bürofräulein gab seine Stellung auf, sobald es sich verheiratet hatte. Heute sind nicht nur die Heiratsmöglichkeiten gesunken, auch aus anderen Gründen sind die Frauen gezwungen, sich auf eine längere oder dauernde Tätigkeit im Berufsleben einzurichten. Und so entwickelt sich ein

gewisser Berufsethos der Frau. Die Frau beginnt an ihrer Arbeit Gefallen zu finden und mit ihrem Berufe zu verwachsen. Man kann dies oft feststellen, wenn man mit berufstätigen Frauen spricht. Die „Bosfische Zeitung“ veröffentlichte kürzlich das Ergebnis folgender Rundfrage: „Würden Sie Ihren Beruf aufgeben, wenn Sie finanziell dazu in der Lage wären?“ Hier einige Antworten:

Eine Rechtsanwältin schreibt: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß mich ein

Grund — und sei es „das große Los“ — veranlassen würde, meinen Beruf aufzugeben.“ Die Leiterin einer Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute läßt sich vernehmen: „Wenn man sich aller Tradition zum Trotz eine selbständige Berufsstellung errungen hat, so wird sie zum zweiten unlöslichen Ich.“ Eine Chemotechnikerin sieht in ihrem Berufe ihren Lebensinhalt: „Meine verantwortungsvolle Arbeit brachte mir nicht nur Befriedigung, sondern auch viel Freude und Anregung zu neuen Versuchen.“ Aus der Antwort einer Fürsorgerin greifen wir heraus: „Ich würde im Falle der Eheschließung meinen Beruf nur aufgeben, wenn ich ihn aufgeben müßte aus inneren Bedingungen heraus.“ Ein weiblicher Universitätsprofessor schreibt so: „Mein Beruf gibt mir das Recht auf Arbeit und die Möglichkeit zur Arbeit; meine Arbeit würde ich nicht aufgeben, auch wenn ich auf den Lohn derselben verzichten könnte.“ Und zum Schluß eine Photographin: „Ich würde meinen Beruf unter keinen Umständen aufgeben, weil ich ihn als Leidenschaft erwählt habe. Beruf ist nach meinem Dafürhalten genau so Lebenszweck der Frau wie des Mannes. Daher erkläre ich mich auch prinzipiell für die Arbeit der Frau, schon im Interesse der Ehe, denn nur durch ständige Fühlung mit der Welt wird die Ehe nicht langweilig.“

Gewiß würden die Antworten von Arbeiterinnen anders lauten als die Meinungen, die wir hier zum Ausdruck brachten. Aber auch bei ihnen ist der Beruf vielfach zum Lebensinhalt geworden. Sie beginnen als tüchtige Berufsgenossen ihre Wirtschaftstätigkeit auszuüben und daran Gefallen zu finden. Aus alledem muß die Frauenarbeit voll gewertet und für eine gerechte Bezahlung derselben gesorgt werden, was wiederum den weiblichen Berufsangehörigen die Pflicht auferlegt, sich rege am gewerkschaftlichen Leben zu beteiligen. Jedenfalls ist die Stellung der Frau zum Berufe ein wichtiges Problem geworden.

Sulette war kaum in der Küche, als Germaine sich auf der Schwelle mit strenger Miene zeigte: „Also, ich ertappe Sie wieder auf einem Fehler: Sie haben nicht unmittelbar ihre weiße Schürze wieder abgelegt.“

Rot vor Entrüstung fragte sich Sulette, ob es nicht am Platze wäre, die Range durchzuhauen. Aber sie hatte sich nur zu unterwerfen oder eben die Stelle wieder zu verlassen.

Welche Bitterkeit bei dieser Feststellung: Germaine gab sich genau über die grausame Alternative Rechenschaft, und ihre ganze Kühnheit kam daher. Dieses Kind äßte seiner Mutter nach; aber während die Gnädige hauptsächlich dahin zielte, in den Augen der Welt zu herrschen und den größten Nutzen aus dem Dienstmädchen zu ziehen, bemühte sich Germaine, sie zum Vergnügen zu demütigen: „man mußte die Bettlerin entgelten lassen, daß sie aß und noch Widerstand zu leisten wagte!“

Auch der kleine Jaques belästigte das Mädchen, aber er tat es aus unschuldiger Neckeret, während Germaine ihr aus weiblicher Rivalität klassenhasse war.

Und die unvermeidliche Wunde, verbandlos, unerträglich durch ihre feigen und lächerlichen Ursachen, schmerzte um so heftiger, da Sulette bei ihrem Naturell die Kinder liebte. Ach! Wenn sie ihr bloß zugelächelt hätten, all ihre Launen würden sie nachsichtig und selbst dienstfertig gefunden haben.

Die Musikstunden zu ermäßigtem Preis forderten die größten Opfer der Eigenliebe. Frau Coton entschädigte sich an dem Dienstmädchen für ihre Servilität gegenüber den Schülern und deren Eltern. Die Kinder ahnten diese böswillige Neigung ihrer Mutter und taten das möglichste, Sulette zu verklatschen, Germaine log mit unschuldiger, kaltblütiger Miene. Und Sulette wurde mit scharfen Worten verfolgt, weil sie zum Fenster hinausgeschaut, sich gähnend gesetzt, in den Spiegel gesehen hatte.

Abends kam Herr Coton mürrisch, noch ganz gebeugt vom amtlichen Verdruß, nach Hause; er empfand gleichfalls das Bedürfnis, seiner galligen Laune freien Lauf zu lassen, zu befehlen, jemand herunterzumachen. Schon im Vorzimmer entdeckten die Augen

des kleinlichen Schreibers irgendein geringfügiges Etwas in der Wirtschaft zum Kritisieren. Er ermangelte nicht, das Dienstmädchen wegen des Aufräumens in der Schlafkammer auszuscheitern; niemals placierte man sein Hals Tuch und seine ausgetretenen Hauschuhe an den richtigen Fleck.

Eines Tages sah die Gemüsehändlerin, daß Sulette mit finsterner und sorgenvoller Miene eintrat. „Was, dienen ist nicht immer lustig, armes Kind?“

Die aushorchende Wendung ließ Sulette plötzlich in Schmähdungen ausbrechen: — „Glauben Sie, daß der Herr mich schief anschaut und mir mühtend seine Kleider zum Ausbürsten hinwirft, als wenn ich schuld wäre, daß er gewendete Ueberzieher, ausgebefferte Sojzen und schmutzige Wäsche trägt?“

Die unvermeidliche „verleumderische“ Vergeltung setzte ein. Die Gemüsehändlerin redete sich, indem sie einen Holzlöffel eingekochten Krautes schwang, selbst in Rut:

„Und soviel ist sicher, mein liebes Kind, daß Ihre Herrschaft Sie vermischt und Sie der Grund ihrer Dür-

Die Lage der Arbeiterbank

Die Gegner der Gewerkschaften aller Schattierungen bemühen sich seit Monaten, nachdem sie gesehen haben, daß der unmittelbare Kampf gegen die Gewerkschaften den erwarteten vollen Erfolg nicht erbrachte, uns Abbruch zu tun, indem sie das Vertrauen in das Geldinstitut unserer Bewegung, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., zu erschüttern suchen. Mit allen möglichen törichten Mitteln versucht man Stimmung gegen die Bank zu machen. Bisher ist alles an dem gesunden Sinn der Gewerkschaftskollegen gescheitert, denn ihnen steht zu klar noch der Beweis der Solidarität vor Augen, den das Institut in den Tagen der Bankenkrise im Juli 1931 weiterhin sichtbar erbracht hat. Sie sind sich noch bewußt, daß die Arbeiterbank als eine seltene Ausnahme imstande war, allen Anforderungen ihrer Einleger unbegrenzt zu entsprechen, daß sie nicht gezwungen war, zu den sonst in der Bankwelt allgemein angewandten Mitteln der Rationalisierung der Auszahlungen zu greifen.

Wir hätten deshalb auch keine Veranlassung, uns eingehender mit der Arbeiterbank und ihrer Lage zu befassen, da wir ja eigentlich nur das, was in dem Bewußtsein jedes einzelnen unserer Mitglieder schon so feststeht, wiederholen könnten. Die Tatsache jedoch, daß neuerdings die „Sozialistische Wochenzeitung der S.A.P. Deutschlands“ (Nr. 17 vom 23. Dezember 1931) einen Artikel unter der Ueberschrift „Die Arbeiterbank gefährdet“ veröffentlichte, hat uns die Anregung gegeben, einige genauere Mitteilungen zu machen.

Wenn die Wochenzeitung behauptet, daß der Leiter der Arbeiterbank, Bachem, den Standpunkt vertreten habe und vertrete, daß die Einlagen des Institutes nicht fest genug angelegt werden könnten, so stellt das Blatt den tatsächlichen Sachverhalt völlig auf den Kopf. Im Ge-

genteil hat die Direktion der Arbeiterbank immer das allergrößte Gewicht darauf gelegt, die dem Bankinstitut zur Verfügung stehenden Mittel so zu verwenden, daß eine möglichst große Liquidität gewährleistet war. Schon der Vergleich der wiederholten öffentlichen Darlegungen des Leiters der Arbeiterbank, Bachem, so in der Zeitschrift Die Arbeit 1928, Heft 8, ist geeignet, die Unrichtigkeit der Behauptungen darzutun. Gerade aber auch die schon eingangs erwähnte Tatsache, daß es der Arbeiterbank in den Krisentagen des Juli 1931 möglich war, allen Ansprüchen ihrer Einleger gerecht zu werden, beweist, daß die Leitung der Arbeiterbank den Grundsatz der Liquidität nicht nur in der Theorie vertreten, sondern auch in der Praxis verwirklicht hat.

Uns liegt die seitens der Arbeiterbank der Reichsbank eingereichte Zwischenbilanz per 30. November 1931 vor. Daraus ergibt sich, daß der Gesamteinlagenbestand des Institutes an diesem Tage 139 333 000 Mark betrug. Demgegenüber waren an flüssigen Mitteln vorhanden: rd. 700 000 Mark Kasse, rd. 600 000 M Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken, also vor allen Dingen bei der Reichsbank, rund 2½ Millionen Mark Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, rd. 40½ Millionen Mark Guthaben bei Banken und Bankfirmen, rund 18½ Millionen Mark eigene Wertpapiere.

Die Betrachtung dieser Ziffern wird jedem auch nur einigermaßen Sachverständigen den schlagenden Beweis erbringen, daß hier mit einer Rücksicht auf die Liquidität vorgegangen worden ist, wie sie in größerem Ausmaß wohl nirgendwo vorhanden sein dürfte.

Mit der Angabe insbesondere der letzt-erwähnten Zahl ist auch schon die Legende vernichtet, die die Sozialistische Wochenzeitung aufzubringen versucht, indem sie behauptet, Bachem habe die Depositen-

gelder vor allen Dingen in Pfandbriefen festgelegt. An eigenen Wertpapieren besitzt die Bank insgesamt knapp 9 v. H. ihrer Bilanzsumme, die rd. 157 Millionen Mark beträgt; davon wieder — von jenen 9 v. H. — machen Pfandbriefe und sonstige festverzinsliche Wertpapiere etwa ½ bis ⅔, also im Höchstfalle 6 v. H. aus.

Alle Kombinationen des Blattes nach dieser Richtung hin fallen also in sich selbst zusammen. Auch die Behauptung der Beteiligung an einer ganzen Reihe von Unternehmungen ist ohne weiteres aus den Zahlen der erwähnten Zwischenbilanz zu widerlegen. Beteiligungen figurieren dort mit 4½ Millionen Mark, also mit knapp 3 v. H. der Bilanzsumme.

Infolge ihres guten und in sich festigten Standes hat es die Arbeiterbank im Gegensatz zu mancher anderen Bank auch in diesen krisenhaften Zeiten nicht nötig gehabt, irgendwelche Hilfe von anderen Instituten in Anspruch zu nehmen. Dies bezieht sich ebenso auf Institute des Reiches und der Länder wie auch auf private Institute. Insbesondere ist es völlig aus den Fingern gesogen, daß irgendeine Verbindung zwischen der Arbeiterbank und der Garantie- und Akzeptbank bestände. Eine solche Verbindung besteht auch nicht seitens irgendeiner mit der Arbeiterbank in Beziehung stehenden anderen Stelle. Und ebenförmig hat die Arbeiterbank irgendwelche besonderen Kredite oder Hilfeleistungen von der Reichsbank in Anspruch genommen.

Kann man somit ohne weiteres feststellen, daß die Gesamtsituation der Arbeiterbank durchaus solide und in sich vollkommen gefestigt ist, so ergibt sich daraus zugleich die Unsinnigkeit der Behauptung, innerhalb des Aufsichtsrates der Arbeiterbank sei eine Diskussion über das Verschulden an der gegenwärtigen Situation des Institutes im Gange. Wir können ausdrücklich feststellen, daß der Auf-

tigkeit, ihres Schmutzes sind! Um geduldet zu werden, müßten Sie sich abarbeiten, ohne Essen, ohne etwas zu brauchen, ohne Lohn . . . ach, ich kenne die Verhältnisse der ganzen Leute aus der Nachbarschaft mit achthundert Frank Miete: das Mädchen ist für alle diese Similibürger zugleich Stolz und Strafe.“

Der Eintritt von zwei Wirtschaftserinnen mit neugierigem und schwatzhaftem Gesichtsausdruck hielt die Händlerin nicht ab, ihre Berichte auszupacken:

„So steht die Sache, stellen Sie sich vor, Herr Coton hat auf ein im Verwaltungsfach nötiges Examen, von dem seine ganze Karriere abhing, verzichtet, weil dreihundert Frank für Nachhilfestunden auszugeben waren und man deshalb mehrere Monate ein Mädchen hätte entbehren müssen. Herr Coton war im Zweifel, ob er beim ersten Male durchkäme; seine Frau wollte dieser Vererbung niemals zustimmen, und darum wird ihr Mann, statt aufzusteigen, dreißig Jahre zu den Subalternen zählen . . . und würde Frau Coton nicht größeren Nutzen haben, wenn sie ihre Wirtschaft allein versorgte, als daß sie

monatlich fünfzig Frank durch Stunden geben verdient? Ja, aber ohne Dienstmädchen gehört man nicht zu den besseren Leuten; merken Sie sich das, Kleine, das Bürgertum beginnt mit dem Besitz eines Dienstmädchens, und Ihre Herrschaften würden lieber Brotrinden essen, als das Befehlen lassen.“

Gleichsam zum Abschluß verabsolgte die Obsthändlerin der Waagschale mit dem Löffel einen Stoß, der es erließ, das Gewicht genau zu vervollständigen. Sie gab den beiden Wirtschaftserinnen, ohne Sulette fertig bedient zu haben. Diese wandte sich indes der Straße zu, um das sie faszinierende und verwirrende Pariser Leben zu besehen und zu belauschen: das verschiedenartig abgetönte Geroll der mit Lasten aller Art bepakteten Wagen, die unterschiedlichst gekleideten Fußgänger, deren lebhaftes Gesichtser Gedanken und Leidenschaften verrieten, die belebten Fenster und die Läden mit den bezeichnenden Inschriften. Welcher Gegensatz zu dem schweigsamen Aeußeren der Landbewohner und ihrer verfallenen Häuser zum Geräusch ihrer plumpen Karren!

Sulette begriff, daß sie trotz größtem Elend nie mehr zur Einfachheit der heimatischen Scholle umkehren könne.

Als die beiden Wirtschaftserinnen zur Tür hinaus waren, wechselte die Händlerin mit einer vorübergehenden jungen Person, die einen auffälligen Hut trug und mit großer geröteter Hand die Schleppe ihres Kleides aufhob, ein freundschaftliches Zeichen, dann rief sie:

„Es ist ein Unglück, die Dienstmädchen können ihren Beruf nicht wechseln. Was soll ein Mädchen vom Lande in Paris anfangen, wenn es nicht dient?“

Sie langte Sulette ein Bündel Karotten herüber, und das frivole, hämische Gesicht strafte ihre Worte Lügen: im Gegenteil, es gab allerdings eine dem Mädchen vom Lande gebotene Hilfe, einen gewissermaßen obligatorischen Beruf für die mit ihrem Schicksal unzufriedenen Landmädchen. Sulette ging lächelnd, ohne zu wissen warum, hinaus.

Seit diesem Morgen mühte sie sich mit dem Fleiß eines gehetzten Tieres ab, die feuchten Schuhe huschten von Zimmer zu Zimmer; da sie kein Recht

sichtsrat keinerlei Veranlassung hatte, sich mit dieser oder ähnlichen Fragen irgendwie zu befassen und daß insbesondere Kollege Oswald Schumann, dessen Stellungnahme in der Sozialistischen Wochenzeitung besonders erwähnt wird, im völligen Einvernehmen mit den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern sowie der Direktion die Geschäftspolitik der Arbeiterbank billigt und in der Beurteilung ihrer Lage mit den leitenden Organen der Bank restlos übereinstimmt.

Völlig den Tatsachen widersprechend sind auch die Ausführungen der Wochenzeitung über die Geschäftsbeziehung zwischen der Arbeiterbank und der Bankfirma Bett, Simon & Co. Ueber diese Verbindung und ihre Ausdehnung besteht und bestand innerhalb der gesamten Ver-

waltung, Aufsichtsrat und Direktion, niemals die leiseste Meinungsverschiedenheit. Im übrigen spielt diese Verbindung innerhalb des Gesamtrahmens der Arbeiterbank eine außerordentlich geringe Rolle, wie sich allein schon daraus ergibt, daß die Guthaben der Arbeiterbank bei diesem Bankhaus noch nicht 0,015 v. H. der Guthaben bei Banken überhaupt ausmacht.

Säht man sich alles das vor Augen, so wird man zu der Feststellung kommen müssen, daß die von der Wochenzeitung aufgestellten Behauptungen insgesamt wie in allen Einzelheiten jeglicher Begründung entbehren. Was man mit der Miene des Wissenden der Öffentlichkeit übergab, erweist sich Stück um Stück als Legende.

Die Krise vor 75 Jahren

Es werden jetzt gerade 75 Jahre, daß die Welt zum ersten Male von einer ungeheuren kapitalistischen Krise erschüttert wurde, und wenn wir die Erscheinungen jener Krise mit denen von heute vergleichen, dann finden wir, daß diese Erscheinungen im Wesen die gleichen sind.

Wir würden diese interessanten Vergleiche zwischen der Krise von heute und der vor 75 Jahren nicht so genau ziehen können, wenn nicht ein begabter Nationalökonom jener Zeit in einer Schrift diese Krise des Jahres 1857 beschrieben hätte, Dr. Albert Schäffle.

Damals waren es genau wie heute die Schuldnerländer, in denen die Krise begann. Nur daß Amerika damals die Schuldnerin der Welt gewesen ist und nicht wie heute Europa. Aber auch damals war es wie heute so, daß die Krise dann von den Schuldnerländern auch auf die Gläubigerländer übersprang. Vor der Krise war kein Land gesichert, und die Stabilisierung der Wirtschaft hatte schon damals in einer internatio-

nen Zusammenarbeit die Voraussetzung. Darum wurde auch damals wie heute Frankreich als das Land mit dem unbedeutendsten auswärtigen Handel am wenigsten von der Krise betroffen.

Was ferner damals wie heute als Krisenursache bezeichnet wurde, das ist die extreme Technisierung und Rationalisierung. Diese Technisierung setzte damals zuerst in stärkerem Maße ein, und diese „Errungenschaften der mechanischen Technik“, wie Schäffle sich ausdrückte, förderten jene Krise. So wie die einseitige Rationalisierung und Technisierung nur unter dem Gedanken des Profits, ohne Beachtung der sozialen Notwendigkeiten, auch heute zu der Weltarbeitlosigkeit beigetragen hat.

Damals wie heute also mangelhafter Ausbau des internationalen Gedankens. Damals wie heute einseitige kapitalistische Profitgestaltung der Welt. Und als ihre Folgen die Krisen. Der Menschheitsgedanke wie der soziale Gedanke, sie sind darum nicht Ideen von Utopisten und weltfremden Moralisten. Diese

Ideen gehören zum gesunden Ausbau auch der Wirtschaft der Welt. Sie sind das Fundament eines harmonischen Zusammenlebens der Menschen, das dann nicht immer und immer wieder von Krisen erschüttert werden wird.

Allerdings ging die Weltkrise damals schneller vorüber als heute. Nur einige Monate nach ihrem tiefsten Stande — und die Länder hatten sich aus der Krise herausgerungen. Und ein Wirtschaftsaufstieg trat ein, wie meist nach solchen Wirtschaftskrisen. Aber vorübergehend doch nur. Dann kamen neue Krisen. Und unsere Krise von einem Ausmaße, wie es die Welt noch nicht gesehen hat.

Und da tritt heute so besonders deutlich zutage, was sich schon damals gezeigt hat, daß nur eine internationale Verständigung den Boden für eine wahrhaft neue Epoche bedeutet und daß der soziale Gedanke, der bisher nur zu sehr außerhalb der Wirtschaft gestanden hat und von den schaffenden Menschen als Forderung vertreten wurde, daß dieser soziale Gedanke mehr ist als eine sittliche Forderung. Daß er die Voraussetzung für ein gedeihliches Leben der Völker bedeutet. Die soziale, ethische Gestaltung der Wirtschaft gehört zum Wesenselement einer gesunden Volks- und Weltwirtschaft. Und unsere Aufgabe ist es, durch die Wucht einer geschlossenen Masse diese Forderung heute mehr und mehr zu verwirklichen. Internationale Verständigung und soziales Recht! Freie Völker und in den Völkern freie Menschen!

Glaubt darum an euch selbst und euren großen Gedanken! In der Bewegung der Schaffenden liegt der Wesenskern des neuen Glücks. Mit der Ueberwindung dieser Krise sei die Ueberwindung der Epoche der Krisen erreicht! Die Welt soll werden international und sozial — sozialistisch! Das ist die geschichtliche Notwendigkeit der organisierten Masse, die diesen großen Gedanken vertritt.

Und erzwingt. Allen zum Troge!

zum Reden besaß, sah man sie schweigend unter den verfolgenden Blicken ihrer fünf Gebieter rastlos sich bücken, erheben, Sachen herzutragen und weg-schaffen. Alle Augenblicke rief man „Martel“, lief hinter ihr her. Frau Cotton pries das System an: „Man muß diesen Mädchen auf dem Nacken bleiben, andernfalls wäre gar kein Nutzen aus ihnen zu ziehen!“

Krank davon, daß sie sich nicht in dem Kreise liebender Gesichter erholen konnte, nahm Sulette die Leidenschaft an, fremde Kinder, denen sie zufällig auf der Treppe begegnete, in ihre Arme zu schließen, und wahrhaftig, sie küßte auch den kleinen Friedrich auf die Backen, der ihr nach Herzenslust Faustschläge verabreichte. Bald wurde er mit Vorfaß bössartig. Hatte Sulette seine Aufmerksamkeit durch Liebkosungen erreicht, so bewirkte sie zu gleicher Zeit, daß er das barsche Wesen der Eltern gewahr wurde und sie nachzuahmen suchte. So hatte das Dienstmädchen beim besten Willen nur den Einfluß auf die Kinder, sie egoistisch und ungerecht zu machen.

Trotz ihrem Kummer kam Sulette mit dem Instinkt der verschlechten Rasse nicht mehr zur Gemüshändlerin mit dem mütterlichen, unflätigen Lachen; sie übertrug ihre Rundschaft dem großen Kolonialwarengeschäft des Quartiers.

Gleich das erstemal umdrängten sie die Kommis dienstbeflissen an der Straßenauslage: „Sie wünschen, mein Fräulein?“ Während der eine ihr zulächelte, sie mit seinem Atem streifte, faßt mit dem Schnurrbart berührte, bückte sich ein zweiter und betastete, scheinbar eine Etikette geraderichtend, ihre Taille, ein anderer verwunderte sich im Vorübergehen: „Ah, die hübsche Brünette!“ Der sie bediente, ergriff beim Einhändigen der Note ihre Finger.

Die folgenden Male wurden ihre Galanterien noch kecker. Sulette erkannte die Unmöglichkeit, sich dieser zudringlichen Vertraulichkeit, die gleichsam als kaufmännischer Brauch gestattet war, zu erwehren; wird doch von den Verkäufern in erster Linie die Gabe beansprucht, die Dienstmädchen verführen zu können.

Und Sulette begann von Liebe zu träumen. Zu den schlimmsten Entbehrungen verurteilt, fragte sie sich besorgt, ob ihr das natürliche Glück auch wegen ihrer niedrigen Stellung versagt bliebe und man ihr immer nur statt einer aufrichtigen Zuneigung den Trug des Lasters gewähren würde.

Bei den nur seltenen Veranlassungen, wo man sie allein mit Aufträgen fortschickte, sog sie jetzt förmlich den Himmel ein, küßte die Luft der StraÙe, berauschte sich an Phantasien und Vorstellungen: „Ach, ein natürliches Leben haben! Liebel! Fröhlichkeit! Güte! Sich frei entwickeln! Schreien! Singen! Sein ganzes Leben zeigen dürfen!“

Aber dann, welches Mißbehagen, festzustellen, daß alles falsch, erkünstelt in der grauen düsteren Wohnung ihrer Herrschaft war. Welcher Kummer, zu erkennen, daß alles in feindseliger Rücksicht auf die Fremde, das Dienstmädchen gesagt und getan wurde, auf die Fremde, über die man herrschen, deren Kraft man gänzlich unter den günstigsten Bedingungen aufzehren mußte.

(Fortsetzung folgt)